

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus 50 Pfennig + Spende

Die Wahrheit über Genua

Carlo Giuliani ist tot. Er ist nicht umgekommen, sondern umgebracht worden – von der italienischen Polizei. 1 Toter, mehr als 500 Verhaftungen und über 350 Verletzte. Dazu wäre es nicht gekommen, wenn die italienische Polizei nicht mit aller Gewalt gegen die DemonstrantInnen vorgegangen wäre. Es war die Polizei, die mit massiven Tränengaseinsätzen Unruhen und wütende Gegenwehr auslöste. Es war der Staatsapparat, der mit Hilfe von Provokateuren für Gewalttaten und Zerstörung sorgte.

Ziel war die Schwächung der antikapitalistischen Bewegung, die trotz aller Einschüchterungsversuche mit den Protesten gegen den G 8-Gipfel in Genua ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Die Proteste markierten auch die ersten Massendemonstrationen gegen die rechte Berlusconi-Regierung.

Von Aron Amm, Berlin

Die erste Großdemonstration gegen die Diskriminierung von ImmigrantInnen am Donnerstag, den 19. Juli blieb friedlich – weil die Polizei sich daraus beschränkte, ihre Tränengasgewehre im Anschlag zu halten, aber nicht abzubringen. Das änderte sich am Freitag und am Samstag. An beiden Tagen waren die Ausgangspunkte von Chaos und Straßenschlachten Tränengaskanonaden und willkürliche Knüppelinsätze von Berlusconi Prügeln. Doch die Polizei ließ es nicht dabei. Das Filmmaterial des italienischen Senders RAI 3 zeigt, dass die Polizei in großem Maßstab Provokateure einsetzte, die selber Autos in Brand steckten, Läden zerstörten und auf DemonstrantInnen einschlugen. Im Anschluss daran wurde Samstag nach das Presse- und Informationszentrum der G 8-GegnerInnen überfallen und 92 JournalistInnen und Organisatoren vom „Genua Sozialforum“, größtenteils im Schlaf überrascht, zusammengeschlagen und inhaftiert. Ging es dabei um die Vernichtung von Beweismitteln? „Viele Beobachter vermuten, dass ein Fernsehbericht über die Zusammenarbeit der Polizei mit Randalierern die Ursache für die Razzia war“ (Tagespiegel vom 26.7.01). Die Opfer trugen zum Teil Hirnblutungen oder Kieferbrüche davon, wurden auf Polizeiwachen weiter misshandelt und tagelang ohne Kontakt festgehalten.

Mehrere Augenzeugen berichteten von Mussolini-Bildern in einzelnen Dienststellen. Damit nicht genug veröffentlichte die Zeitung Secolo XIX inzwischen ein Geheimdossier der italienischen Polizei, aus dem klar hervorgeht, dass von staatlicher Seite bewaffnete Faschisten in die Demos eingeschleust wurden.

Schon im Vorfeld waren DemonstrantInnen wie Schwerverbrecher behandelt worden. Bereits vor Beginn der ersten großen Protestaktionen war laut FAZ 2.000 friedlichen Gipfel-GegnerInnen die Einreise verweigert worden. Auch die deutschen Behörden standen hierbei Gewehr bei Fuß (siehe Rückseite).

Polizeigewalt

Die Polizeigewalt in Genua steht in einer Reihe mit dem staatlichen Vorgehen beim EU-Gipfel in Göteborg. Allerdings ist die Polizei in Genua noch offensiver gegen die DemoteilnehmerInnen vorgegangen als in Göteborg. Das ist kein Zufall. Mit 2-300.000 DemonstrantInnen stellten die Proteste in Genua den vorläufigen Höhepunkt der internationalen antikapitalistischen Bewegung dar, die mit Seattle 1999 ihren Auftakt hatte. Das offensive Vorgehen des italienischen Staatsapparates in Genua zielte auf eine Kriminalisierung der Bewegung ab. AktivistInnen der mehr als 700 Gruppen und Organisationen in Genua sollten eingeschüchtern und gespalten werden. Die Herrschenden sind darauf aus, einen Keil in die Bewegung zu treiben, in dem sie zum einen mit Provokationen und Gewalttaten die Bewegung auseinander dividieren wollen und zum anderen immer wieder versuchen, einzelne Teile einzubinden. Zuletzt schlug zum Beispiel Chirac Gespräche zwischen Vertretern von Regierungen, Gewerkschaften und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen vor.

Massenproteste gegen Berlusconi

Genua war jedoch mehr als die zahlenmäßig größte Aktion im Rahmen der antikapitalistischen Proteste. Genua war auch die erste Massenmobilisierung von ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen die rechte Berlusconi-Regierung. Mehr als drei Viertel der DemoteilnehmerInnen waren ItalienerInnen. Gewerkschaftliche Gliederungen, die Basiskomitees (cobasi) und die linke Oppositionspartei Rifondazione Comunista waren stark vertreten. Die Bevölkerung von Genua empfand mehrheitlich nicht die DemonstrantInnen, sondern Polizei und Regierungsgäste als Eindringlinge. DemonstrantInnen wurden mit Trinkwasser versorgt und bekocht. Als Berlusconi an die EinwohnerInnen appelliert hatte, keine Wäsche vor die Fenster zu hängen und nicht mit Knoblauch zu kochen, weil das provinziell wirken würde, wurde dieser Aufforderung bewusst nicht Folge geleistet. Im Gegenteil. Die Polizei wurde sogar mit Knoblauch beworfen.

In Genua ist zum Teil das gelungen, was das bürgerliche Establishment am meisten fürchtet: Der Brückenschlag zwischen den so genannten Globalisierungs-GegnerInnen und der arbeitenden Bevölkerung. Am Dienstag nach dem G 8-Gipfel gingen in Rom, Mailand und mehreren anderen italienischen Städten erneut Zehntausende auf die Straße, um gegen die Polizeigewalt und die Politik von Berlusconi zu protestieren.

Die Herrschenden unter Druck gesetzt

„Dieser Gipfel in Genua muss das letzte Treffen in dieser Form gewesen sein.“ Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Stoiber empfand es als beschämend, „wie sich die Staatsmänner förmlich verkriechen müssen.“ Der nächste G 8-Gipfel soll sich in einem kleinen Ort in den kanadischen Rocky Mountains verstecken. Das nächste Weltbank-Treffen, das im Sommer nächsten Jahres in Stockholm geplant war, soll möglicherweise abgesagt werden.

Mit der staatlichen Repression in Genua sollte die antikapitalistische Bewegung und die italienische Arbeiterklasse systematisch eingeschüchtern werden. Doch der Schuss wird nach hinten losgegangen sein. Diese Ereignisse werden bei der Mehrheit eine weitergehende politische Radikalisierung zur Folge haben und der Bewegung sehr wahrscheinlich neuen Auftrieb geben. Das wird positive Auswirkungen auf die Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Brüssel – der nächsten Station für die antikapitalistischen Proteste – am 14. Dezember haben.

Die letzten Gipfeltreffen standen nicht nur im Zeichen von Massenprotesten, sondern waren auch von wachsenden Spannungen und Konflikten (Welthandel, Rüstung, Umweltschutz etc.) zwischen den verschiedenen Konzern- und Regierungsvertretern geprägt. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise nimmt der kapitalistische Konkurrenzkampf eine neue Qualität an.



Genua, 21. Juli: Mit mehr als 200.000 DemonstrantInnen hat die internationale antikapitalistische Bewegung einen Höhepunkt erreicht. Mit aller Gewalt versuchen Politik und Wirtschaft diese Bewegung zu spalten und einzuschüchtern

Konzernherrschaft brechen

Die Funktion des Staates besteht darin sicherzustellen, dass die wirtschaftlich Herrschenden auch die politisch Herrschenden bleiben. Die Millionäre und Milliardäre sind eine kleine Minderheit, die mit Hilfe von Polizei, Justiz und Militär ihren Reichtum gegenüber der großen Mehrheit verteidigen. Trotz Konjunkturaufschwung hat sich die Schere zwischen Arm und Reich auch in den 90er Jahren weiter geöffnet. Berlusconi besitzt ein Vermögen von 50 Milliarden Mark. Aber hinter dem Reichtum einiger weniger stehen die großen Konzerne und Finanzhäuser einiger weniger. So herrscht Berlusconi inzwischen über ein Imperium aus TV-Sendern, Bauunternehmen, Werbeagenturen und dem Fußballclub AC Mailand.

Wir fordern:

- Sofortige Freilassung aller in Italien Inhaftierten, Einstellung aller Verfahren und Entschädigungszahlungen für alle Inhaftierten und Verletzten
- eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zu den Polizeieinsätzen in Genua bestehend aus VertreterInnen der Genua Social Forums, der Gewerkschaften und Arbeiterparteien
- eine antikapitalistische Offensive in den Gewerkschaften: bringt Anträge zur Verurteilung der staatlichen Maßnahmen in Genua und für die Mobilisierung zum EU-Gipfel nach Brüssel in allen Gremien ein
- baut die antikapitalistische Bewegung in den Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen auf, bringt Anträge zur Mobilisierung nach Brüssel in Schüler- und Studierendenvertretungen ein
- Kampf für Ausbau statt Abbau demokratischer Rechte

Göteborg, Genua... Brüssel!

Die nächste Station der antikapitalistischen Bewegung wird eine Demonstration gegen den nächsten EU-Gipfel in Brüssel am 14. Dezember 2001 sein. Die Sozialistische Alternative (SAV) und viele Gruppen von Widerstand International (WI) haben schon beschlossen, eine Kampagne zur Mobilisierung nach Brüssel durchzuführen. Flugblätter und Plakate zur Mobilisierung werden ab September erhältlich sein.

Zeigen wir den Reichen und Mächtigen, dass sie uns nicht einschüchtern und nicht stoppen können!

Auf nach Brüssel!

Infos: 030-24723802

Neue Broschüre: Belagerungszustand

Der globale Kapitalismus und die sozialistische Alternative

40 Seiten
4 Mark

erhältlich bei der Bundeszentrale der SAV

Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802, Fax (030) 24723804,
e-mail: info@sav-online.de

Die Bewegung mit Gewalt spalten

Alle Artikel auf dieser Seite von Sascha Stanicic, Berlin

„Teile und herrsche“ ist eine altbekannte Herrschaftsmethode. Sind sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht einig, können sie kaum zu einer Gefahr für die Reichen und Mächtigen werden. Die antikapitalistische Bewegung, die sich seit der Demonstration gegen den Gipfel der Welthandelsorganisation in Seattle 1999 entwickelt, ist die größte politische Herausforderung der Macht der Banken und Konzerne seit Jahren. Das Vorgehen der Staatsmacht in Göteborg und Genua sind geplante Versuche die Bewegung zu kriminalisieren, einzuschüchtern und die AktivistInnen gegeneinander auszuspielen.

Heuchlerisch signalisieren Schröder, Bush und Konsorten Verständnis für die Anliegen der „friedlichen Globalisierungsgegner“, um diese im gleichen Atemzug aufzufordern sich von den „gewalttätigen Polit-Hooligans“ zu distanzieren und diese zu isolieren.

Doch betrachtet man die wahren Ereignisse von Genua, so wird klar, dass die „gewalttätigen Polit-Hooligans“ zu einem großen Teil Polizeiprovokateure waren, die sich in die Demonstrationen einschleust haben, um Randalie anzuzetteln. Augenzeugen – und mittlerweile auch die bürgerlichen Medien – berichten von schwarzvermummten Polizisten, die gezielt Autos in Brand steckten, DemonstrantInnen angriffen und später kaffeetrinkend und schwatzend auf Polizeistationen zu sehen waren. Ebenso ließ die Polizei randalierende DemonstrationsteilnehmerInnen gewähren, während die Masse der DemonstrantInnen immer wieder mit Tränengas und Knüppelinsätzen angegriffen wurden. Der Polizeieinsatz in der Nacht zum Sonntag nach der Demonstration bei der Erstürmung des Presse- und Informationszentrums der G8-GegnerInnen war ein weiterer blutiger Höhepunkt staatlicher Gewalt. Friedliche, zum Teil schlafende JournalistInnen und OrganisatorInnen der Proteste wurden so brutal zusammengeschlagen, dass kaum jemand das Gebäude selbständig verlassen konnte und die große Mehrheit auf Tragbahnen in Krankenhäuser abtransportiert werden musste.

Damit wird dem Mythos, die Polizei reagiere bei solchen Demonstrationen nur auf gewalttätige Autonome der Boden entzogen. Die Provokationen und die Gewalt gehen vom Staate aus – und auf das Volk los! Dahinter steckt Berechnung: die Bewegung soll

in „friedliche“ und „gewalttätige“ GlobalisierungsgegnerInnen gespalten werden, Differenzen innerhalb der Bewegung sollen so geschaffen bzw. verschärft werden, die AktivistInnen sollen gelähmt und eingeschüchtert werden.

Konfrontiert mit Provokationen und Gewaltakten der Polizei, lassen sich immer wieder Jugendliche auf Demonstrationen dazu hinreißen, sich individuell durch Steinwürfe oder ähnliches zur Wehr zu setzen und ihrer Wut und Frustration freien Lauf zu lassen. Nicht selten werden sie dabei jedoch von Polizeiprovokateuren angespornt.

Natürlich gibt es auch anarchistische und autonome Gruppen, deren politische Strategie darin besteht, McDonald's-Filialen anzuzünden und die Polizei in Auseinandersetzungen zu verwickeln. Sie verfahren zum Teil nach der Maxime „Jeder Stein eine Schlagzeile“ oder hoffen, durch die angerichteten Schäden würden solche Gipfeltreffen irgendwann unbezahlbar und denken, sie könnten dem Kapitalismus durch ihre Aktionen Schaden zufügen. Doch das ist völliger Unsinn. Es ist kein Zufall, dass hinter vielen schwarzen Masken Polizeiprovokateure stecken können, die ebenso Schaufensterscheiben einschlagen und Randalie anzetteln wollen. Denn die gewalttätigen Auseinandersetzungen sind aus der Sicht der Herrschenden das beste Mittel, um die Bewegung in den Augen der Massen zu diskreditieren, TeilnehmerInnen einzuschüchtern und die Bewegung zu spalten. Solche anarchistische und autonome Gruppen machen sich letztlich zu Helfern der kapitalistischen Machtstrukturen und bieten dem Staat Vorwände für den Abbau demokratischer Rechte und für ein schärferes Vorgehen gegen alle DemonstrantInnen. Sie handeln auch eigenmächtig und undemokratisch und treten die gemeinsam gefundenen Absprachen der verschiedenen beteiligten Organisationen durch ihre Aktionen mit Füßen. Deshalb war es richtig, dass viele DemonstrationsteilnehmerInnen in Genua gegen Randalierer vorgegangen sind und ihre Demonstrationsblöcke nicht für sie geöffnet haben.

Die SAV steht für Massenmobilisierung und kollektive Massenaktionen bei solchen Demonstrationen. Wir unterstützen Blockaden von Gipfeln und andere Formen direkter Aktionen, wenn sie auf der Grundlage demokratischer Entscheidungen und Massenbeteiligung stattfinden. Vor allem treten wir dafür ein, die organisierte Arbeiterbewegung für die

antikapitalistischen Proteste zu gewinnen. Ein Generalstreik während des Gipfels hätte Genua zum völligen Erliegen gebracht und den Gipfel selber letztlich unmöglich gemacht.

Es ist auch die Verantwortung der Gewerkschaftsführungen, dass die Demonstration in Genua überhaupt diesen Verlauf nehmen konnte. Sie hätten die Macht nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen auf die Straße zu bringen und die Demonstrationen auch durch gut organisierte Ordnerdienste vor Polizeiangriffen und Provokationen zu schützen. Und mit einer anderen Politik und einer anderen Führung könnte die Arbeiterbewegung den Jugendlichen, die sich aus verständlicher Wut und Frustration über die herrschenden Verhältnisse an einzelnen Randalaktionen beteiligen, eine Perspektive für einen erfolgreichen, kollektiven Kampf gegen den Kapitalismus bieten.

Denn diese Frage stellt sich in der Zukunft verstärkt: wie können wir unsere Demonstrationen schützen? Auf demokratischen Konferenzen sollten die beteiligten Organisationen im Vorfeld beraten und planen, gut organisierte und entsprechend ausgestattete Ordnerdienste zu organisieren, die in der Lage sind sich Polizeiangriffen durch kollektives Handeln entgegenzustellen und Provokateure zu isolieren und von Demonstrationen zu entfernen.



„Während ich die Schreie hörte, ging mir die ganze Zeit der Gedanke durch den Kopf, die Polizei rufen zu müssen. Aber das war die Polizei.“ Eine Augenzeugin bei der Stürmung des Medienzentrums in Genua durch die Polizei

Deutsche Behörden vor Genua

Die Helfershelfer von Berlusconi

Der brutale Polizeieinsatz gegen die hunderttausenden ArbeiterInnen und Jugendlichen, die gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua demonstrierten, der massive Einsatz von Polizeiprovokateuren, die als schwarzvermummte DemonstrantInnen getarnt, gewalttätige Auseinandersetzungen anzettelten, willkürliche Verhaftungen auch noch Tage nach den Demonstrationen – all das zeigt, was die Berlusconi-Regierung von demokratischen Rechten hält, nämlich nichts. Doch Berlusconi und seine prügelnden Carabinieri hatten ihre Helfershelfer in deutschen Ministerien und Behörden.

Schon Wochen vor der Demonstration traten diese gegen AktivistInnen der antikapitalistischen Bewegung in Aktion. Einschüchterungsmaßnahmen, Ausweiszug, Meldepflicht auf Polizeiwachen, das Weitergeben von Namen linker AktivistInnen an die italienische Polizei waren die angewendeten Methoden.

Verschiedene SAV-Mitglieder erhielten polizeiliche Schreiben oder bekamen sogar Besuch der Polizei, die ihnen riet, nicht nach Genua zu fahren. Daniel Behruzi, Mitglied der SAV-Bundesleitung, erhielt solchen Besuch und ein polizeiliches Schreiben, in dem er als „Teilnehmer an gewalttätigen Veranstaltungen“ bezeichnet wird. Für ihn war das nichts als ein Einschüchterungsversuch, um AktivistInnen davon abzuhalten nach Genua zu fahren: „Wenn man in Deutschland friedlich Castor-Transporte blockiert oder sich Nazi-Aufmärschen in den Weg stellt, wird man offensichtlich als Gewalttäter registriert. Die polizeilichen Schreiben und Besuche im Vorfeld der Genua-Demonstration werden aber keinen von uns einschüchtern. Vom Demonstrieren gegen die Diktatur des Profits werden sie uns nicht abhalten können.“ Andere AktivistInnen wurden sogar mit einem Aus-

reiseverbot belegt und mussten sich zweimal täglich bei der Polizei melden. Demokratische Rechte werden von den Herrschenden eben nur soweit zugestanden, wie sie ihrer Machtausübung nicht in die Quere kommen. Für den nordrhein-westfälischen SPD-Innenminister gibt es dementsprechend auch kein Grundrecht auf Ausreise. Das hätte mal Erich Honecker sagen sollen...

Deutsche Behörden haben aber auch AktivistInnen ans Messer der italienischen Carabinieri geliefert, indem sie deren Namen weitergegeben haben. Das SAV-Bundesvorstandsmitglied Tinette Schnatterer aus Stuttgart wurde von der italienischen Grenzpolizei beim Versuch, in Italien einzureisen aus dem Bus geholt und ihr wurde die Einreise verweigert. Nach Informationen der italienischen Polizei geschah dies nach Aufforderung des Bundesinnenministeriums. Tinette Schnatterer erklärte: „Ich bin noch nie in Deutschland verurteilt worden, ich stand noch nie vor Gericht. Ich habe mich in Deutschland natürlich an Protesten beteiligt. Dabei habe ich immer darauf gesetzt, mit vielen Leuten gemeinsam etwas zu bewirken. Gewaltaktionen von einzelnen, individuelle Aktionen halten wir, die SAV, weder für sinnvoll, noch habe ich mich daran beteiligt. Seit wann kann das Bundesinnenministerium Urteile sprechen – ohne Prozess, ohne Verhandlung, ohne Gründe? Auf welcher Grundlage wird mir mein Demonstrationsrecht entzogen?“

Diese Berichte zeigen: Genua fängt in Berlin an! Die deutschen Ministerien und Behörden haben sich zu Helfershelfern von Berlusconi und seinen Prügelbanden gemacht. Sie bauen gerade in rasendem Tempo demokratische Grundrechte ab und tragen eine politische Mitverantwortung für die Ereignisse von Genua.

Gewerkschaftlicher Aktionstag

Weltweit gegen die WTO am 9. November

Ein Treffen von GewerkschaftsführerInnen aus aller Welt hat einen weltweiten Aktionstag für den Eröffnungstag der nächsten Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) beschlossen. Diese wird am 9. November 2001 in Katar eröffnet. Die Wahl von Katar als Tagungsort sollte dazu dienen, dass es kein zweites Seattle geben kann, denn in Katar gibt es kein Demonstrationsrecht. Der Beschluss der Internationalen Föderation Freier Gewerkschaften könnte den Herrschenden nun einen Strich durch die Rechnung machen und zu weltweiten Protesten führen.

Bill Jordan, Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes und nicht gerade als linker Klassenkämpfer bekannt, sagte: „Der Sinn des Aktionstages ist darauf hinzuweisen, dass Gewerkschaften nicht bereit sind die negativen Folgen, die die Globalisierung den ArbeiterInnen weltweit aufzwingt, zu akzeptieren und Aufmerksamkeit für die ernsthaften Defizite im derzeitigen

Welthandelssystem zu gewinnen.“ Und: „Wir vertreten hunderte Millionen Menschen, die aufgehört haben zu glauben, dass Handelsliberalisierungen zu höherem Lebensstandard und mehr Beschäftigung führen.“

Doch um den weltweiten Aktionstag zu einem Erfolg zu machen, muss jetzt in allen Gewerkschaften Druck von unten gemacht werden. Wir wollen keine symbolischen Aktionen oder Pressekonferenzen von Gewerkschaftsfunktionären, sondern kämpferische Aktionen, die die Masse der Beschäftigten mit einbeziehen. Diese sollten mit den Angriffen auf Arbeitnehmerrechte, wie zum Beispiel Privatisierungen, Arbeitsplatzabbau und Fabrikschließungen, die in jedem Land laufen, verbunden werden.

Bringt deshalb Resolutionen in alle Gewerkschaftsgremien ein, die Streikaktionen und Massendemonstrationen am 9. November fordern. Legen wir die Welt für einen Tag lahm!

Die Wahrheit über Genua:

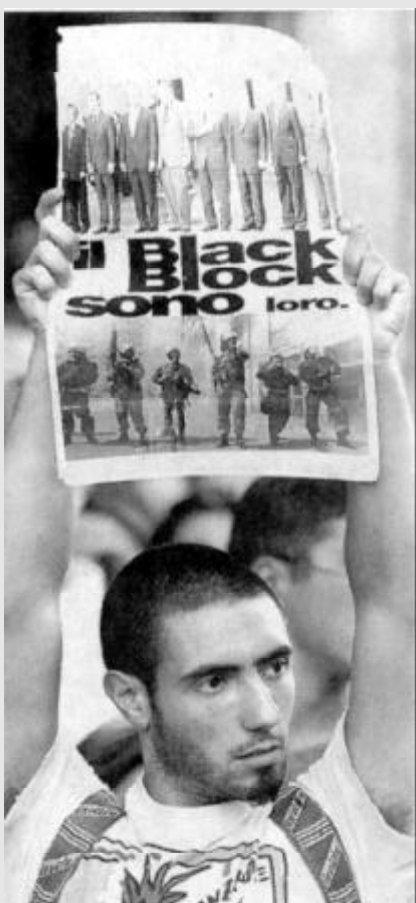
Aussage eines italienischen Polizisten in La Repubblica: „Das Tor ging auf, aus den Lastwagen stiegen die Jugendlichen aus und wurden verprügelt. Sie haben sie zur Wand gestellt. Drinnen schlugen sie ihnen die Köpfe gegen die Wand. Einige haben sie angepisst, sie wurden unter Androhung weiterer Schläge gezwungen, 'facetta nera' zu singen. Ein kleines Mädchen erbrach Blut und die Chefs der GOM (eine Spezialeinheit) schauten zu. Dem Mädchen drohten sie, sie mit den Knüppeln zu vergewaltigen.“

Markus Bernath in der österreichischen Tageszeitung Der Standard: „Die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen nehmen von ihrem kurzen Aufenthalt in Genua einen deprimierenden Eindruck mit: Sie sind nicht mehr gesellschaftsfähig.“

Stephan K., SAV-Mitglied aus Berlin: „Ich konnte selbst beobachten, wie schwarzgekleidete Provokateure mit der Polizei kooperierten. Während diese freie Hand hatten, griff die Polizei friedliche DemonstrationsteilnehmerInnen an. Von einem Genossen der SAV, der davon Fotos machte, wurde der Film durch die Polizei beschlagnahmt. Ich habe auch gesehen, wie gewalttätige Aktionen einzelner von der Masse der DemonstrantInnen unterbunden wurden. Die Solidarität in der Genueser Bevölkerung war groß: Immer wieder wurden uns Wasserflaschen zur Erfrischung gereicht.“

Aus Gesprächen mit Verhafteten über ihre Erlebnisse auf einer Polizeistation: „Sie mussten 19 Stunden lang mit erhobenen Händen an der Wand stehen, ohne Essen oder Trinken zu bekommen. Sie sagten, dass die Polizisten offensichtlich organisierte Faschisten waren. Sie wurden permanent als 'Scheiß-jüdische Zigeunerinnen' beschimpft und Polizisten sagten 'hasta l victoria siempre' und zeigten dazu Nazi-Grüße, Mussolini-Bilder hingen an den Wänden.“

Conny Dahmen, SAV-Mitglied aus Aachen: „Die Wut unter den DemonstrantInnen auf die Polizei war die ganze Zeit deutlich zu spüren. Immer wenn ein Hubschrauber auftauchte riefen alle 'assassini' und hielten kleine Spiegel in die Sonne, um den Piloten zu nerven. Die Stimmung gegen die Autonomen war auch sehr stark. Als am Hafen die Rauchscheiben und Tränengaswolken zu sehen waren und ich ein paar Leute gefragt habe, ob sie näheres wissen, meinten sie: 'Das ist der verdammte Schwarze Block. Die machen uns nur Probleme.' Später nach einem von mehreren Tränengasangriffen der Polizei ohne erkennbaren Grund, liefen drei oder vier in Schwarz am Rand der Demo entlang. Sofort schrien die DemonstrantInnen sie an: 'Raus!' und 'Ihr seid deren Diener!'“



„Sie sind der Schwarze Block“